Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 2 (1922-1923)

Heft: 8

Artikel: Sind wir für oder gegen die Auswanderung?

Autor: Nobs, Ernst

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328434

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rote Revue

Sozialistische Monatsschrift

8. HEFT

APRIL 1923

II. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Sind wir für oder gegen die Auswanderung?

Von Ernst Nobs.

Bei gleicher Bevölkerungsdichtigkeit, wie Deutschland sie vor dem Rriege hatte, würde allein das Gebiet der Vereinigten Staaten von Nordamerika beinahe ausreichen, um sämtliche heute auf der Erdober= fläche lebenden Menschen zu ernähren. Dabei wird die mittlere Bevölkerungsdichtigkeit Deutschlands von einer Reihe anderer ausgedehnter Gebiete bei weitem übertroffen. Es liegt also durchaus im Bereich des möglichen und nicht bloß der Phantasie, daß eine Bevölkerungs= zahl, die der Gesamtheit der heutigen Menschheit entspricht, auf einem Raume lebt, dessen Ausdehnung den Vereinigten Staaten von Amerika entspricht. Aber noch mehr: Frankreich hat seine landwirtschaftliche Produktion innerhalb 90 Jahren vervierfacht, die Schweiz innerhalb 50 Jahren verdoppelt. Laut einer Mitteilung der Gesellschaft für industrielle Landwirtschaft und Innenkolonisation könnten einzig auf dem heutigen schweizerischen Territorium 250,000 Menschen mehr auf melioriertem Voden und neuerrichteten Seimstätten ihre Eristenz als Bauern finden. Einzig das europäische Rußland würde, wiederum an der Bevölkerungsdichtigkeit Deutschlands gemessen, statt 100 Millionen Menschen eine halbe Milliarde ernähren können. Dabei ist eine maximale Nahrungsausbeute aus Grund und Voden noch nirgends oder nur auf kleinsten Gebieten intensivster Bodenkultur erreicht. Die Menschheit kann sich um das Zehnfache und mehr ihrer heutigen Seelenzahl (ca. anderthalb Milliarden) vermehren, ohne daß bei entsprechender Bebauung der vorhandenen Rulturfläche ein einziger Mensch Hunger leiden muß! "Raum für alle hat die Erde."

Das alles ist heute von unserer Seite wieder einmal laut und deutlich auszusprechen in Anbetracht des Umstandes, daß von gewissen bürgerlichen Wirtschaftspolitikern, die ganz dem Aberglauben verfallen sind, das alte gruselige Ammenmärchen ein neues Mal aufgetischt wird, wir litten an Ueberb er bevölker und und müßten alle miteinander zugrundegehen, wenn wir uns nicht Luft und Lebensmöglich-

keit zu schaffen vermöchten. Es gibt solche ganz Altväterische, die ein volles Jahrhundert verschlafen zu haben scheinen und die den Krieg mit der Notwendigkeit gelegentlicher Dezimierung des menschlichen Geschlechtes begründen. Nun haben wir viereinhalb Jahre lang das gräßlichste Millionenschlachten der Weltgeschichte erlebt und — troßdem noch zu viele Menschen! Nein, wahrlich mit solchen Leuten und gegen derartige Argumentationen soll man uns eine Diskussion nicht zumuten. Aber es ist nichtsdestoweniger dringend nötig, daß die Probleme der Bevölkerungspolitik und der Auswanderung, wie sie sich zur Zeit in der Schweiz stellen, auch von sozialdemokratischer Seite nicht länger unbeachtet gelassen werden. Auf bürgerlicher Seite ist man auch in dieser Frage bereits über die Studien hinaus und zu praktischen Maßnahmen gelangt. Es handelt sich darum, ob diese Maßnahmen auch vom Standpunkt der Lohnarbeiterschaft wie vom Volksganzen aus gutgeheißen werden können oder nicht. Selbstverständlich ist dabei, daß eine Partei des Internationalismus wie die sozialistische Partei sich bei Erörterung dieser Fragen nicht auf enaste nationalistische Gesichtspunkte einstellen darf. Für sie ist also bei der Beurteilung dieser Fragen nicht von entscheidender Bedeutung, ob die Bevölkerung eines Landes auswandere oder nicht. Wichtig ist vielmehr, ob durch die Auswanderung sowohl die Auswanderer als die Zurückbleibenden gewinnen oder nicht. Es handelt sich also um ein soziales Problem, nicht um ein nationales.

Die Führer der seit 1920 neuorientierten schweizerischen Wirtschaftspolitik, die Rapitäne der Neaktion, die Laur & Schultheß, die Abt, Rothpletz & Cie., treten heute mit Nachdruck für den Massen = abschub der Arbeitslosen, also der Industrie= arbeiter, ins Ausland und in überseeische Länder ein. Diese Bestrebungen verdecken sich zum Teil hinter dem Vorgeben, es handle sich in erster Linie darum, für bäuerliche Auswanderer vorzusorgen. Indessen weist trot der Krise die Landwirtschaft bis zur heutigen Stunde keine erhebliche Zunahme von Auswanderern auf. Die großen Veranstaltungen, die vorbereitet werden zum Zwecke der Hilfeleistung an Auswanderer, sind also keinesfalls durch eine dementsprechende Zunahme des bäuerlichen Auswandererkontingentes erfordert. Es handelt sich ganz unzweifelhaft um eine staatliche Beförderung der Auswanderung, die in großem Maßstabe geplant ist und in der Hauptsache auf die von der Wirtschaftskrise am meisten betroffenen Arbeitskräfte der Industrie abzielt.

Ueber diese bevorstehende Aktion veröffentlichte das Eidgenössische Auswanderungsamt anfangs Dezember 1922 das folgende Mitgeteilt:

Infolge der andauernden Arbeitslosigkeit in der Schweiz hat sich der Bundesrat veranlaßt gesehen, die Mittel zur Besserung der Lage zu prüsen. Eines dieser Mittel ist die moralische und materielle Unterstühung von erwerbso en Schweizern, die aus eigenem Antriebe auswandern wollen. Für die Aufklärung und den Schut solcher Personen während der Reise ist schon längst Vorsorge getroffen worden, dagegen fanden unsere Landsleute bei der Ankunft in fremden Ländern nicht überall die gewünschte Silfe und die nötige Anleitung zu ihrem Fortkommen. Der Bundesrat hat deshalb beschlossen, es seien an den wichtigern überseeischen Ausschiffungshäfen. Sa fenkommits in mit sär e zu ernennen, welche mit dem Auswanderungsamt in Verbindung zu treten und den eintreffenden Auswanderern beizustehen haben. Wo sich schweizerische Konsulate besinden, werden diese die Funktionen eines Sasenkommissärs versehen.

Der Bundesrat hat im weitern beschlossen, eine Offerte der Geschäftstelle der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft in Zürich anzunehmen und ihr die Funktionen einer Zentralestelle für das kolonisatorische Auswanderungswesen zu übertragen. Es werden ihr demgemäß folgende Aufgaben zugewiesen:

- . Sich nach Siedelungsgelegenheiten in Europa und über seeischen Ländern zu erkundigen und über solche schriftlich und mündlich Auskunft zu erteilen.
- 2. Arbeitsuchenden nach überseeischen Gebieten Stellen zu ver = mitteln (für Europa besorgt das Eidg. Arbeitsamt die Stellenver= mittlung).
- 3. Siedlungsunternehmen in fremden Ländern zu prüfen, Kolonisa = tionsprojekte den Bundesbehörden zur Genehmigung und eventuellen Subventionierung zu unterbreiten und zwecks Ausführung solcher Projekte mit Vanken, Gesellschaften und Privaten in Verbindung zu treten.
- 4. Personen, die sich in fremden Ländern ansiedeln möchten, auf ihre fünftige Tätigkeit vorzubereiten durch Beschäftigung bei der Innenkolonisation oder bei Land-wirten, künftige Unsiedler zu belehren und ihre Tätigkeit und ihr Fortkommen am Reiseziel zu beobachten.

Die vorerwähnte Geschäftsstelle (Zürich 1, Usterhof, am Vellevueplat) wird, soweit es sich um kolonisat vrische Auswanderungsangelegenheiten handelt, bereitwillig Auskunft erteilen und sich dabei angelegen sein lassen, in jedem Einzelfalle zunächst zu prüfen, ob die Vedürfnisse der Interessenten nicht im Wege der Innenkolonisation befriedigt werden könnten.

Das heißt also: Die Eidgenossenschaft befaßt sich heute bereits mit der Aussindigmachung von Rolonisationsprojekten, sie ermutigt von Staats wegen zur Auswanderung und subventioniert Auswanderer und ihre Rolonien, sie meint auch Industriearbeiter durch eine kürzere Betätigung als Bauernknechte in Farmer verwandeln und auf schickliche Weise deportieren zu können! Laut einer Mitteilung von Bundestat Schultheß an Nationalrat Belmont ("Basler Borwärts", 9. März 1923) kämen für die behördlich unterstüßte und finanzierte Auswanderungsbewegung in Betracht die zerstörten Gebiete von Belgien und Nordfrankreich, ferner Ranada, Südamerika und Rußland.

Was das letterwähnte Land anbetrifft, so hat Dr Welti die Illusionen Schultheß' wie die einiger auswanderungsbegeisterter Schweizer Rommunisten sehr herabgestimmt durch die Feststellung, "daß Rußland die Einwanderung nicht nur nicht wünscht, sondern sie gar nicht zusläßt" ("Vorwärts"). Was die Wiederaufbaugebiete anbetrifft, in welche kürzlich die Nationalräte Albt, Rothpletz und Rochaix eine amtliche Studienreise gemacht haben, so ist gegen eine Vesiedelung durch schweizerische Auswanderer, die aus der Landwirtschaft stammen

und mit dem Landbau vertraut sind, nichts einzuwenden. Auch nicht gegen die staatliche Subventionierung folder Ansiedler. Das gleiche gilt auch für bäuerliche Rolonisten in Llebersee. Allein die 3 ahl ber bäuerlichen Auswanderer ist eine beschränkte, und um ihretwillen ist die oben er= wähnte umfassende Aktion am allerwenigsten unternommen worden. Für diese Auswanderer, die fast ausnahmslos mit etwelchen, wenn auch bescheidenen Mitteln verseben sind, braucht man keine Anlernkurse, keine Stellenvermittlung und keine Safenkommissäre! Daß es sich um die Expatriierung der arbeitslosen Industriearbeiter oder, mit andern Worten, um die Verminderung und Abschüttelung der staatlichen Unterstützungspflicht gegenüber den Arbeitslosen handelt, geht auch aus dem Schreiben des Bundesrates vom 15. Dezember 1922 an die diplomatischen und konsularischen Vertreter der Schweiz im Ausland hervor. Sier wird die ganze staatliche Auswanderungsaktion ausdrücklich mit dem Hinweis auf die anhaltende Arbeitslosiakeit in der Schweizer Industrie begründet. Der direkte Unlaß zu der staatlichen Auswanderungsaktion gegen die Industriearbeitslosen ist ein fiskalischer und nicht ein sozial= politischer, bei Laur und den Bauernparteilern außerdem ein poli= tischer, wie der Schreibende in der "Roten Revue" (Dezemberheft 1922) gezeigt hat. Mag aber die Vourgeoisse aus Gründen der Staatsfinanzen und des Steuerfußes und mag die Bauernsame aus Gründen der Zurückdrängung der Industrie und der politischen Schwächung des Proletariats einen Massenabschub von Industriearbeitern für wünschbar halten, so dürfen diese Gründe doch keineswegs für die proletarische Rlasse gelten. Diese wird in erster Linie da= nach fragen, welches Schicksal die auswandernden Industriearbeiter erwartet, und auf diese Frage ist zu antworten, daß sie in 90 von 100 Fällen ins Lumpenproletariat der großen Einwanderungshafenstädte und in ein Elend versinken, von dem wir uns hier nicht leicht einen Begriff machen. Darin gehen sie zugrunde oder erliegen den Strapazen und der harten Arbeit in einem ungewohnten Klima. Das von dem deutschen Sozialisten Dr. Südekum übersetzte Buch "Das Elend der neuen Welt" gibt darüber hinreichend Aufschluß. Auf den Menschenhandel des Massenabschubs der Paupers sollte ein zivilisiert sein wollendes Volk heute nicht mehr verfallen und am we= niasten ein Volk, aus dessen Nationalhymne bei jedem Anlaß der Vatriotismus lobpreiset:

> Segst uns so mild und treu, Nährst uns so stark und frei, Du Sochlandsbrust!

Die Aussichten für die Verwirklichung des Massen ab = schubs von Arbeitslosen — und nur um einen solchen handelt es

sich, denn eine geringe Abwanderung würde ja den Zweck nicht erreichen! — sind nicht besonders günstige. Wie es sich mit Ranada verhält, hat Friedrich Seeb in seinem außerordentlich instruktiven Artikel in der letten Nummer dieser Zeitschrift gezeigt. Er wird in einem weiteren Artikel wahrscheinlich nicht viel günstigere Verhältnisse für Südamerika nachweisen. Die Vereinigt gereist aat en haben die Einwanderung kontingentiert, und das schweizerische Rontingent von etwas über 3000 Einwanderen jährlich entspricht nun dem bisherigen, sozusagen normalen Vevölkerungsabsluß. Die Ueberseestaaten begünstigen derzeit die Auswanderung gar nicht, sie legen ihr eher Sindernisse in den Weg. Welche Schwierigkeiten der Gründung schweizerischer Siedelungen im Wege stehen, darüber gibt ein Vericht des sehr gewissenhaft arbeitenden Schweizerischen Auswanderungsamtes (abgedruckt im Geschäftsbericht des Politischen Departementes 1921) folgenden Ausschluß :

"Es kann sich selbstwerständlich nur darum handeln, in einem bestimmten überseeischen Staate einen größern Romplex Land zu erwerben und mit Schweizern zu besiedeln. Ein solches Projekt ist unter folgenden Voraussetzungen aus-führbar:

- 1. Es muß sich ein überseeischer Staat bereit erklären, ein genügend großes Gebiet in klimatisch günstiger Lage, wo Getreide gebaut und Milchvieh gehalten werden kann, zu annehmbarem Preise abzutreten.
- 2. Es müssen genügend Mittel bereitgestellt werden, um ein solches Gebiet zu erwerben, das Eigentumsrecht auf Grund und Boden zu sichern, das Land durch ortskundige Ingenieure oder Geometer in Lose vermessen zu lassen, Wege anzulegen, eine Fahrstraße nach dem nächsten Verkehrszentrum zu bauen, Unterkunftslokale für die Ankommenden zu errichten und Lebensmittel für wenigstens 5 bis 6 Monate für dieselben zu magazinieren, ferner um Kolonisten in die Seimat zurückzubefördern, die den an sie gestellten Anforderungen nicht genügen.
- 3. Es dürfen nur solche Personen als Ansiedler ausgewählt werden, die ungehindert in den fremden Staat einwandern können, an harte körperliche Arbeiten gewöhnt sind, mit einfacher Rost und primitiver Unterkunft sich begnügen, Mühsale überwinden, auf Vergnügungen verzichten und wenigstens soviel Geld haben, um Werkzeuge und einige Saustiere zu kaufen.
- 4. Auf Jahre hinaus muß von einer Rendite des angelegten Rapicals abgesehen werden, weil der Rolonist längere Zeit kaum in die Lage kommt, Produkte zu veräußern und später seine Erzeugnisse der hohen Transportkosten wegen mit Gewinn nur absehen kann, wenn eine Bahn- oder Schiffstation in der Nähe der Rolonie angelegt wird.

Jedes Rolonisationsunternehmen, das diese Umstände nicht in Rechnung zieht, wird mißglücken. Nach unserm Dafürhalten ist ein kleiner Binnenstaat kaum in der Lage, ein der artiges Unternehmen in befriedigender Weise durch zu führen, weil zwischen ihm und dem Staate, in dem die Rolonie liegt, leicht Differenzen entstehen können, weil er ferner bei der Rekrutierung der Rolonisten kaum freie Sand haben würde, für die Rultivierung eines frem den Landes große Summen ausgeben müßte und trot allem im besten Falle nur für einige hundert Personen Urbeitsgelegenheit zu beschaffen in der Lage wäre."

Obaleich die heutige Leberfüllung des Geldmarktes in der Schweiz eigentlich dazu angetan sein müßte, wenigstens private Rolonisations= unternehmungen zu erleichtern, haben wir bis heute von solchen Gründungen noch nichts vernommen. Die kapitalbesitzenden Serrschaften scheinen nicht ein so unbeschränktes Vertrauen in solche Unternehmungen und ihre Rendite zu setzen wie ihre politischen Sachwalter. Auf alle Fälle dürfte die Stellenvermittlung für arbeitslose Proletarier nach Uebersee für die Rapitalisten und ihren Staat viel geringere Risiken in sich schließen. Nun hätten wir zwar als Sozialisten und Internationalisten selbst gegen eine staatliche Begünstigung der Auswanderung von Proletariern keine grundsätlichen Bedenken einzuwenden, wenn diese hierzulande heute Arbeitslosen wenigstens einem besseren und nicht einem noch traurigeren Lose ent gegengingen. Das lettere aber ist ganz unzweifelhaft ber Fall, und darum wird die Arbeiterklasse gegen jede solche Verbannung der "indésirables" (der Unerwünschten) sich des entschiedensten zur Webre setten müssen.

Man versichert immer wieder, daß es sich ja ausschließlich um die freiwillige Auswanderung handle und daß von einem zwangsweisen Abschub keine Rede sein könne. Das ist nur eine polemische Finesse! Man zwingt die Leute heute selbstverständlich nicht durch behördliche Ausweisungsdekrete zur Auswanderung, aber man zwingt sie, indem man ihnen die lette Existenzgrundlage entzieht, indem man die Sälfte der Arbeits= losen und mehr vom Genuß der Arbeitslosenunterstützung ausschließt, indem man die Arbeitslosenunterstützungen auf ein Niveau herabsett, das keine menschenwürdige Eristenz mehr ermöglicht, und indem man die Leute unter demütigenden Bedingungen zu Almosengenössigen macht. Ein starker Zwang, der aus unsern wirtschaftlichen Verhältnissen herrührt und durch die staatliche Armen= und Arbeitslosenfürsorge nicht sehr gemildert wird, ist also sicher da, und wir wären damit wieder vor der Frage angelangt, wie sie sich in der Schweiz vor 50 Jahren stellte und in den Motionen der Joos (1871), Bleuler und Philippin im Nationalrat zum Ausdruck kam, nämlich ob eine staatlich geleitete und subventionierte Auswanderung und Rolonisation nicht ein wirksames Mittel wäre zur Bekämpfung des Pauperismus. Der Bundes= rat antwortete regelmäßig ablehnend, auch schon im Sinblick auf die Bundes = Verfassung, in der jede Grundlage für eine soge= nannte aktive Auswanderungspolitik fehlt. Der Artikel 34 der Bundesverfassung überträgt dem Bunde lediglich das Recht zur Kontrolle der Auswanderungsagenturen und der Beratung derjenigen, die den Willen bekunden, auszuwandern. Burck hard erklärt in seinem Kommentar zur Bundesverfassung: "Der Bundesrat hat dagegen mit Recht stets den Grundsatz befolgt, daß es nicht Auf= gabe des Bundes sei, die Auswanderung über = haupt oder nach einem bestimmten Lande zu begünstigen." Dieser Auffassung pflichtet Schollenberger bei mit der Feststellung, daß die Tendenz der Bundespolitik aus drücklich dahin formuliert worden sei, "daß die Bundesbehörden sich jeder direkten Teilnahme an der Auswan= derung zu enthalten und sich darauf zu beschränken haben, diesenigen schweizerischen Angehörigen, welche den festen Entschlußkundgeben, auszuwandern, oder die wirklich auswandern, bestem öglich zu belehren und zu schüßen."

Es unterliegt demnach gar keinem Zweifel, daß der Bundesrat mit der von ihm eingeleiteten Auswanderungsaktion den Boden der Verfassung und der gesamten bisherigen Tradition bereits leichten Serzens verlassen hat. Der Bundesrat hat damit nur ein neues Mal den Beweis erbracht, daß er selber sich an Geset und Verfassung nur gerade so weit und so lange hält, als ihm das paßt. Wir aber bekennen uns als Demokraten zu der Auffassung, daß eine derartige grundlegende Alenderung der schweizerischen Auswanderungspolitik nicht vorgenommen werden kann und darf, bevor nicht das Volk in einer Revision des Artikels 34 diese Neuerung gutgeheißen hat.

* * *

Den staatlichen Propagandisten der Auswanderung ist kürzlich nun auch die Silfe der "Wissenschaft" zuteil geworden. Es ist Professor Mangold=Basel, der gewesene Chef der Eidg. Arbeitslosenfürsorge, der im Lande herumreist und mit der Bevölkerungsstatistik beweist, daß wir einige hunderttausend Menschen zu viel haben in löblicher Eidgenossenschaft. Er verlangt mit Laur ein Zurückdämmen der Industrie und eine prozentuale Verstärkung der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Seute bestehe ein jährlicher Bevölkerungsüberschuß von 25,000 bis 30,000 Menschen, für den Arbeitsgelegenheit geschaffen werden muffe. Alber der gleiche Prof. Mangold muß anderseits zu= geben, daß schon zu Ende dieses und zu Anfang des kommenden Jahrzehnts, wenn die numerisch viel schwächeren Kriegsjahrgänge ins Erwerbsleben übertreten, "fich die Rriegszahlen bemerkbar machen werden, möglicherweise während einer Sochkonjunk= tur!" ("N. 3. 3.", 24. November 1922). Man sieht also die eintretende fatale Wirkung der "Rriegszahlen" so gut voraus wie die kommende Konjunktur, aber nichtsdestoweniger will man heute die Expatriferung der arbeitslosen Schweizerbürger! Rommt dann die Periode eines neuen wirtschaftlichen Aufschwunges, so wird man die abgeschobenen Landeskinder durch ausländische, poli= tisch rechtlose Proletarier ersetzen, die aus Ländern mit niedrigerer Lebenshaltung stammen und sich vorzüglich als Lohn= drücker eignen. Das mag jenen gesagt sein, die in der Erhaltung einer starken industriellen Reservearmee im Lande eine Gefahr für das Lohn- und Eristenzniveau der Arbeitenden erblicken. Natürlich besteht diese Gefahr und hat sich seit zwei Jahren bereits reichlich ausgewirkt, aber die einheimischen Arbeitslosen sind bei weitem nicht so schlimme Lohndrücker wie die in Massenimporten hereingeschleppten ausländischen Proletarier und Proletarierinnen, welche die Anspruchslosiakeit selber sind und von Arbeiterorganisationen nichts wissen wollen. Unbestreitbar hat sich in den Kriegsjahren und seither eine gewisse "Nationalisierung" der Arbeiterklasse in unserem Lande vollzogen, indem viele ausländische Arbeiter die Schweiz verließen und dafür Schweizer heimkehrten, die von ihren politischen Rechten Gebrauch machten. Das machte sich in den Städten in einer politischen Stärkung der Arbeiterklasse geltend. Man begreift, daß bürgerliche Politiker diese Bewegung gerne in eine rückläusige verwandeln möchten. Laur hat dieses Ziel unverhohlen ausgesprochen.

Was nun die eigentliche Vevölker ungsfrage anbetrifft, so hat Prof. Mangold mit seinen Ziffern sie keineswegs objektiv und erschöpfend, sondern vielmehr einseitig und unzulänglich dargestellt. In Prof. Reichesbergs Vroschüre über die schweizerische

Handelspolitik (1918) finde ich die folgenden Feststellungen:

"Die Zuwachsquote der schweizerischen Vevölkerung ist eine sehr mäßige und tritt hinter der der meisten esuropäischen Länder zurück. So ergibt sich auf je 1000 Einwohner im Jahresdurchschnitt 1901 bis 1910 ein Geburten- überschuß in Solland von 15,4, in Deutschland und Dänemark 14,3, in England, Schottland und Wales 11,8, Ungarn 11,5, Desterreich 11,4, Italien 11,1, Schweiz 10,2. Einzig in Velgien, Irland und Frankreich ist der Geburtenüberschuß noch geringer!"

Uebrigens ist die Ziffer des Geburtenüberschusses auch in der Schweiz in einer sehr entschied enen Abnahme bes griffen. Sie betrug anno 1920 auf 1000 Einwohner in den Städten nur noch 3,0 und auf dem Lande nur noch 7,7! Der Rückgang beim Lande ist in der letzten Zeit im Vergleich zu früher nicht minder auffallend als bei den Städten.

In fünfzig Jahren war der Geburtenüberschuß in der gesamten Schweiz nie so niedrig wie im Jahrfünft 1916 bis 1920! Das Jahr 1918 vermochte nicht einmal die Zahl der Todesfälle durch Geburten wettzumachen. Es ergab sich also ein bevölkerungspolitisches De fizit! Die sogenannte Fruchtbarkeitsziffer (siehe Statistisches Jahrbuch der Schweiz) ist innerhalb von nur zehn Jahren (1900 bis 1910) von 108 auf 96, also sehr rapid zur ück gegangen. Seitsberige Angaben über die Fruchtbarkeitsziffer sehlen.

Es ist erst ganz kurze Zeit her, daß dieser Erscheinung wegen zum öffentlichen Aufsehen gemahnt worden ist. Im Schweizerischen Alerzt-lichen Zentralverein ist im Jahre 1919 ernstlich über die Sache diskutiert worden, und im Zürcher Hochschulverein referierte Prof. Fehr darüber, indem er auf diese neue Situation hinwies. In sehr gründlicher Weise wurde die Frage damals auch von dem heutigen Zürcher Stadtrat Drisk äber lin im Dezember 1919 in der "N. 3. 3." behandelt inzeiner Artikelserie, die den Titel führt: "Die Gefahren Bestämpfung". Säberlin kommt dort zu dem Ergebnis, der Geburtenzuckgang habe auch in der Schweiz einen dermaßen beunruhigenden

Umfang angenommen, daß ihm in der Deffentlichkeit, von den Behörden und der Gesamtheit des Volkes die allergrößte Ausmerksamkeit zu schenken sei und Mittel und Wege ergriffen werden müßten, um dieser Landesgefahr zu steuern. Der seither als Spar-Agnes zu lokaler Berühmtheit gelangte Gesundheitsvorstand Säberlin wollte damals sogar vor sehr kost spieligen Ausgaben und grund= legenden Reformen nicht zurückschrecken, um dem Krebsübel eines geradezu beängstigenden Geburtenrück= ganges zu steuern!

Ich führe das alles nur als ein Beispiel dafür an, wie die Bevölkerungsfrage noch vor ganz kurzer Zeit von bürgerlich en
Politikern und vorab unter dem Gesichtspunkt
einer nationalen Politik der Bolkserhaltung
beurteilt worden ist! Was muß nicht alles in diesen paar Jährchen
sich zugetragen haben, daß heute alle diese Persönlichkeiten, Autoritäten und Gesellschaften schweigen, wo es sich um nicht mehr und nicht
weniger als die Expatriierung einer großen Zahl der intelligentesten,
gesundesten und kräftigsten Volksgenossen in den besten Lebensjahren
handelt!

* * *

Es bleibt nur übrig, auf den gewaltigen Widerspruch hinzuweisen, in den sich jene nationalen Bevölkerungspolitiker begeben, die einer= seits ganz energische Maßnahmen gegen den Bevölkerungsrückgang in der Schweiz gleichzeitig die Förderung der Auswande= rung durch staatliche Begünstigungs = und Zwangsmittel verlangen! Rann man sich selber ärger ohrfeigen? Diese Zwiespältigkeit scheint überhaupt ein Rennzeichen bürgerlicher Politik zu sein, die der kapitalistischen Inter= effen wegen und nur ihretwegen fortgesett in Ronflikt gerät mit ihrer eigenen besseren Einsicht. Natürlich wiegen die kapitalistischen Interessen vor. Profit geht über Vernunft! Diese Tatsache hat zu meinem Bedauern gerade auch Stadtrat Säberlin mit seinem eigenen Beispiel dokumentiert. Er schrieb in der erwähnten Urtikelserie, daß die starke Rindersterblichkeit, "die ungenügende Pflege und Erziehung zahlreicher Kinder in der Hauptsache nichts Un= abanderliches darstellt, sondern, weil zum großen Teil in unfern sozialen Verhältniffen begründet, der Verbesserung fähig ist". Darum offenbar war Gesundheitsvorstand Säberlin als Stadtrat dann der ersten einer, durch Serabsehung der Arbeitslosenunterstützung und möglichste Fernhaltung der Arbeitslosen vom Unterstützungsgenusse dafür zu sorgen, daß möglichst viele Säuglinge im Elend der Arbeitslosenfamilien verenden mußten! Alle jene Rapitalisten und bürgerlichen Volitiker, die in diesen Jahren gegen uns standen im Rampf um eine menschenwürdige Eristenz der Arbeitslosen, sie sin d schuld an dem großen Rindersterben im Proletariat, das mehr Opfer forderte als der bethlehemitische Kindermord!

* * *

Wenn wir die von den Regierungsparteien vorgeschlagenen Löfungen bekämpfen, so auferlegt uns das die Pflicht, gleichzeitig zu fagen, wie die Sache beffer gemacht werden müßte. Da ist deshalb zunächst zu bemerken, daß die schweizerische Arbeiterschaft sowenig wie die Industriellen ein Interesse daran haben, die von Laur und der Vauernpartei propagierte Forderung auf Abrüstung der schweizerischen Industrie im mindesten zu unterstüßen. Es ist klar, daß bei den derzeitigen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Verhältnissen die schweizerische Industrie tangiert werden mußte. Ein Wunder ist es eigentlich, daß sie nicht noch schwerer in Mitleidenschaft genommen worden ist. Sie wird diese schwere Krise überstehen, wie sie früher nicht minder schwere und länger dauernde Krisen überstanden hat. Ich denke da nicht zuletzt an die Krise, die mit den Revolutionsjahren der Selvetik (1798) begann und ohne merkliches Nachlassen beinahe ein Vierteljahrhundert dauerte. Nicht daß die schweizerischen Industrien unverändert aus der Rrise hervorgehen werden. Die einen werden wohl dauernde Einbußen erleiden, vielleicht sich ganz umstellen müssen, wie das in der Vergangenheit im mer wieder nötig gewesen ist. Die andern werden ohne erhebliche Opfer an Markt und Absatz durchkommen. Aber es werden auch neue Industrien entstehen können. Sicher geht Prof. P. S. Schmidt, einer der besten Renner der schweizerischen Industrien, nicht fehl, wenn er im Jahre 1920 im Schlußkapitel seines Buches über die Zukunft der Industrien in der Schweiz schreibt:

"So hat sich die Industrialisierung der Rohstoffländer bis jest nicht als eine Gefahr für die Entwicklung der schweizerischen Industrie erwiesen, an Absahn für die Entwicklung der schweizerischen Industrie erwiesen, an Absahn is glich teit wird es ihr nicht fehlen... Aber keinem Lande drängt sich die Notwendigkeit, vornehmlich hochwertige Arbeit zu pflegen, so gebieterisch auf wie der Schweiz, denn kein anderes Land ist, wie wir wissen, so arm an Rohstoffen und Rohlen, in keinem herrscht tein solch er Mangeland an einheimischen Arbeitskräfte zwangsweise deportieren! E. N.), keines hat so ungünstige Zusuhr- und Absaherhältnisse für Massenprodukte. Se schwieriger aber die Rohstoffbeschaffung, die Rohlenversorgung und die Arbeitskwerte müssen aus den teureren Stoffen und mit den wert vollen Rräften (die man jest außer Landes treiben will! E. N.) gewonnen werden.

Die Möglichkeit zu weiterer großer Ent= faltung ist der schweizerischen Industrie keineswegs verschlossen, denn je mehr die Schwierig= keiten wachsen und die Armut an natürlichen Vorzügen sich offen= bart, um so mehr muß die Schweiz ihre gesellschaftlichen Kräfte entfalten, in denen noch sehr viele ungehobene Reichtümer schlummern!"

Solche Voraussicht rechtfertiat auch nicht die Desperadopolitik, die der Bundesrat und die ihn heute leitenden Bauernpolitiker hinsichtlich des Industrialismus in der Schweiz betreiben. Arbeit wäre genug im Lande, um allen Arbeitslosen Brotzu geben! Die 400 Millionen, die bisher in all den Kriegs= und Nachkriegsjahren für Notstandsarbeiten und Arbeitslosenunter= stützungen ausgegeben worden sind, stellen im Vergleich zu einem Nationalvermögen von über 40 Milliarden keine Summe dar, die zu beängstigen braucht. Sogar das heutige nationale Gesamteinkommen würde reichlich genügen, allen in der Schweiz lebenden Menschen ein hunger= und kummerloses Dasein zu ermöglichen, wenn dieses Ein= kommen nur etwas gerechter verteilt würde! Aber warum sollten wir nicht noch eine halbe oder ganze Milliarde dransetzen für Notstandsarbeiten, für die so dringend nötigen Wohnbauten, für be= schleunigte Elektrifikation aller Bahnen, für die Korrektion von Flüssen, für Wildbach- und Lawinenverbauungen, für Straßenbauten, für Meliorationen und Albweidenräumung, für die Nutbarmachung der bisher unausgenütt gebliebenen Wälder — ja, das gibt es noch in unsern Alpen! — und viele ähnliche Zwecke! Von dem für folche Arbeiten aufgewendeten Gelde wäre auch nicht ein Rappen dem Nationalvermögen verloren. Es brauchte auch nicht ein Unternehmergewinn herausgeschlagen zu werden. Sier zeigen sich Lösungen, die jedenfalls eher im Interesse der gesamten schweizerischen Volks= wirtschaft liegen, als jene, die heute, um vorübergehend ein paar Franken zu sparen, die wertvolle Arbeitskräfte, auf denen zum Teil die schweize= rische Industrie beruht, ins Ausland abschieben und am liebsten die ganze industrielle Betätigung stoppen möchten. Gelängen diese reaktionären Pläne, würde der Schweizer Bauer zu spät entdecken, daß er, indem er Laur und Konsorten blindlings folgte, im schweizerischen Industriearbeiter seinen besten Runden und seinen besten Zahler totgeschlagen hat!

Der Schreibende hat aus den erwähnten Gründen der sozialdemokratischen Fraktion des Nationalrates vorgeschlagen, diesen ganzen Fragenkomplex und insbesondere die Auswanderungsangelegenheit ungesäumt durch eine Interpellation im Parlament zur Diskussion zu stellen. Iedoch konnte im Schoße der Fraktion die Frage noch zu keiner Albklärung gebracht werden. Es sollte nun aber damit keine Zeit mehr

versäumt werden.

Genossenschaft und Gewerkschaft.

Von Dionys Zinner.

Die Nachkriegszeit hat den Konsumgenossenschaften mit Einschluß ihrer Produktionsbetriebe eine doppelte Krise gebracht: einmal in Form des Preisabbaues und sodann in Gestalt von Konslikten mit dem Personal wegen dem Lohnabbau, wegen Entlassungen usw.

Ob der Staat und der einzelne diese ungeheure finanzielle Last aber zu tragen vermögen, davon sagt niemand etwas. Wenn man auf dem Standpunkt des völligen Rückkauses beharrt, ist die fünfzigjährige Frist natürlich ein Minimum; bedenklich aber ist sie vom sozialistischen

Gesichtspunkte aus.

Wenn man nach dem Einfluß frägt, den diese Nationalisierung auf die wirtschaftliche Stellung des Arbeiters haben wird, ist man wohl um eine präzise Antwort verlegen. Man kann sich eben des Gedankens nicht erwehren, daß die Urheber des Werkes fast nur von wirtschaftsratio= nalistischen Erwägungen geleitet wurden, daß sie weniger handelten in der Eigenschaft als Arbeiter, als in der von Männern, die nach einem ökonomischen System suchen, das volkswirtschaftlich einen Söchstertrag liefert. Ein Gegensatz zwischen Sozialismus und rationaler höchster Wirtschaftlichkeit existiert ja sicherlich nicht, aber es gibt Momente in der revolutionären Entwicklungsperiode zum Sozialismus, wo sich solche herausbilden können; dieses Zugeständnis müssen wir machen. Jouhaux selbst gibt denn auch zu, daß ihr Projekt manchem wie eine "Wiedervergipsung" der gegenwärtigen Gesellschaft erscheinen müsse. Und sein Reformismus kommt klar zum Alusdruck, wenn er in einer Rede sagte: "Wir glauben, daß eine Umformung der wirtschaftlichen Ordnung sich nach und nach vollziehen muß."

Am Ende dieses Aufsates, der nicht alle Entwicklungstendenzen des französischen Syndikalismus zu untersuchen sich vornahm, wäre abschließend nur noch zu bemerken, daß man sich einer gewissen Skepsis gegenüber den bis ins einzelne ausgeklügelten Plänen nicht erwehren kann. Man braucht nicht von denen zu sein, die die Sände in den Schoß legen und auf den großen Rladderadatsch warten, um doch zu sagen, daß man eine ebenso große Aufgabe vor sich hat, den Weg zu sinden zum Wirklichkeitswerk. Man sollte immer eingedenk sein der Worte von Jaurès, der einmal sagte: "Was in der Reform zählt, das ist viel weniger die unmittelbare Besserung, als die revolutionäre

Vorbereitung."

Bur Auswanderungsfrage.

Ju meinem Artikel über die Auswanderungsfrage in der Schweiz übermittelt mir Herr Professor F. Mangold, den Wortlaut des Referates, das er im letten Herbst in Sitten vor den Verwaltern der schweizerischen Arbeitsämter gehalten hat. Die Vemerkungen meines Artikels gegen Professor Wangold stütten sich auf die Verichterstattung der Vasser Professor Wangold stütten sich auf die Verichterstattung war, wie ich heute feststellen kann, tendenziös und erweckte den Eindruck, daß Herr Professor Wangold in sehr nachdrücklicher Weise der künstlichen Veförderung der Auswanderung das Wort geredet habe, ohne eine Veleuchtung des Problems nach allen Seiten vorgenommen zu haben. Zuhanden der Leser der "Roten Revue" will ich nun gerne und mit Vefriedigung kesststellen, daß dem nicht ganz so ist und Herr Vrofessor Wangold im Gegenteil manche Vedenken äußerte, die sich unserer Vrofessor Wangold im Gegenteil manche Vedenken Einderstellende Wiedergabe der Auffassungen des Herrn Professor Wangold war selbstverständlich nicht beabsichtigt. Sein gedrucktes Referat (im Protokoll der VII. Verbandsversammlung des Verbandes Schweiz. Arbeitsämter) war mir leider nicht zu Gesicht gekommen. Es ist leider auch der Presse nicht zugestellt worden.